

5. Regionalplanänderung des Regionalplans 2010 „Oberkochen Süd“

Vorlage zum Satzungsbeschluss am 22.11.2013

DS 45 VV/2013 (Anlage 4):

Zusammenfassende Erklärung

gemäß §2a LPIG

Zusammenfassende Erklärung gemäß § 2a (6) LPIG

Gemäß Landesplanungsgesetz vom 10. Juli 2003, zuletzt geändert im Mai 2012 enthält die Begründung des Regionalplans eine zusammenfassende Erklärung,

- a) wie Umwelterwägungen in den Plan einbezogen wurden,
- b) wie der Umweltbericht sowie die Ergebnisse des Beteiligungsverfahrens nach § 9 Abs. 3 bis 7 und § 12 Abs. 2 bis 6 im Plan berücksichtigt wurden und welche Gründe nach Abwägung mit den geprüften anderweitigen Planungsmöglichkeiten für die Festlegungen des Plans entscheidungserheblich waren

1 Einbeziehung von Umwelterwägungen und Ergebnissen des Umweltberichts

Die 5. Änderung des Regionalplans 2010 der Region Ostwürttemberg beinhaltet die Erweiterung von Gewerbeflächen der Stadt Oberkochen für die der Regionale Grünzug (PS 3.1.1 (Z)) sowie der Schutzbedürftige Bereich für Landwirtschaft und Bodenschutz (PS 3.2.2 (G)) in diesem Bereich aufgehoben und nachrichtlich als Bereich für Siedlung und Gewerbe dargestellt werden. Die Erforderlichkeit für eine Erweiterung der Gewerbeflächen ergibt sich aus Aussiedlungswünschen ortsansässiger Unternehmen. Aufgrund der Lage Oberkochens stehen nur wenige Bereiche für eine Gewerbeansiedlung zur Verfügung, die bereits von Unternehmen (Weltmarktführer) beansprucht werden. Innerörtliches Potenzial besteht nicht.

Der Umweltbericht stellt die Betroffenheit der Umweltbelange auch in Hinblick auf mögliche Alternativstandorte dar. Das gewählte Gebiet ist dabei das mit den geringsten Beeinträchtigungen für Natur und Landschaft und bindet sich durch den Anschluss an das interkommunale Gewerbegebiet im Süden gut in die Raumstruktur ein.

Parallel zum Verfahren der Regionalplanänderung werden die Verfahren zur Änderung des Flächennutzungsplans und Aufstellung des Bebauungsplans durchgeführt. In diesen Verfahren wurden die Umweltbelange zudem vertieft bearbeitet. Diese Erkenntnisse konnten ebenfalls in den Umweltbericht zum Regionalplanänderungsverfahren integriert werden. Die Erkenntnisse des Umweltberichts führten zur Auswahl des Standorts mit den geringsten Auswirkungen auf die Schutzgüter.

2 Ergebnisse des Beteiligungsverfahrens nach § 12 (2) bis (6) LPIG

Das Beteiligungsverfahren ist im Sommer 2013 gemäß den Vorgaben des Landesplanungsgesetzes erfolgt. Umweltrelevante Hinweise und Bedenken aus dem formellen Beteiligungsverfahren betrafen vor allem die Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Produktionsflächen sowie Auswirkungen auf umgebende Waldbereiche aufgrund größerer Eingriffe in den Boden. Des Weiteren wurde gewünscht, als Ausgleich für den wegfallenden Regionalen Grünzug diesen an anderer Stelle zu erweitern. Die landwirtschaftlichen Belange wurden über-

prüft und deutlicher aufgearbeitet und führten letztendlich zu einer Bestätigung des gewählten Standorts als den mit den geringsten Auswirkungen. Die Einwendungen zu forstwirtschaftlichen Aspekten und weiteren Naturschutzthemen sowie Anregungen zur Ausgleichsflächenplanung betrafen zum einen Aspekte außerhalb der konkreten Regionalplanänderung. Zum Anderen bezogen sich Einwendungen - aufgrund des groben regionalen Planungsmaßstabes - in erster Linie die kommunale Bauleitplanung und wurden dieser, soweit nicht bereits bekannt, zugeleitet. Die Erweiterung des Regionalen Grünzugs an anderer Stelle ist ohne großräumige Konzeption nicht ohne weiteres möglich. Dieser Aspekt wird jedoch in der laufenden Regionalplangesamtfortschreibung grundlegend thematisiert.